

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Lohndrückerei im Werftsektor verhindern – öffentliche Beteiligungsverantwortung wahrnehmen**

Auf Beschluss des Senats vom 28. März 2006 hin beteiligte sich die Freie Hansestadt Bremen an der Lloyd-Werft. Es handelt sich um eine Minderheitsbeteiligung von 13,16 % in Höhe von 3,25 Mio. €, die von der WFB (damals Bremer Investitions-Gesellschaft) gehalten wird. Ein ursprünglich anvisierter Ausbau der Beteiligung auf 5 Mio. € ist bislang nicht verwirklicht worden. Mit der öffentlichen Beteiligung sollte nach Aussage des damaligen Wirtschaftssenators Jörg Kastendieck die „Zukunftsfähigkeit“ des Werftenstandorts und der Arbeitsplätze gesichert werden.

Was sich derzeit auf der Lloyd-Werft abspielt, wäre in einer Mehrheitsgesellschaft des Landes undenkbar: Eine neue „Betriebsgesellschaft“ wird gegründet und einem Teil der Beschäftigten Neuverträge „angeboten“, die eine unbezahlte Ausdehnung der Arbeitszeit von 35 auf 40 Wochenstunden und den Verzicht auf Sonderzahlungen vorsehen, der durchschnittliche Jahreslohn wird damit um ca. 16 % gesenkt. Von 340 Beschäftigten sollen 298 übernommen werden, 42 werden gekündigt. Zu erwarten ist, dass künftig in verstärktem Maße Leiharbeit zum Einsatz kommt. Die Einrichtung einer „Betriebsgesellschaft“ dient auch dazu, das unternehmerische Risiko auf die Beschäftigten abzuwälzen, während die Profite der Eigentümer geschützt werden.

Der Betriebsrat hat sich klar gegen die von der Geschäftsleitung diktierten Bedingungen des „Übergangs“ ausgesprochen. Der Senator für Wirtschaft und Häfen hat die Annahme dieser Bedingungen dagegen öffentlich befürwortet. Mit dem Eintreten des Senats für gute Arbeit und für die Bedeutung der Mitbestimmung ist dies nicht in Einklang zu bringen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, sich im Aufsichtsrat und über das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen für den Erhalt der Arbeitsplätze, für die Einhaltung geltender Tarifverträge und gegen den Ersatz regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit bei der Lloyd-Werft einzusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) beauftragt den Senat, ein Konzept zu erarbeiten, wie Beschäftigungssicherheit und Tarifsicherheit im Werftbereich gestärkt und der Einsatz von Leiharbeit zurückgedrängt werden können.

Klaus-Rainer Rupp, Claudia Bernhard,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE